

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 28. März 2012

### 2517. 2011/474

#### **Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender Anteil aus erneuerbarer Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

*Dr. Davy Graf (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2084/2011): Im Moment befinden wir uns in einem speziellen Zeitfenster: Ökonomisch gesehen sind die AKWs attraktiv; sie haben sich amortisiert und speisen günstigen Strom ins Netz. Atomare Katastrophen machen jetzt aber Nachrüstungen nötig. Strom ist ein öffentliches Gut und sollte eine gewisse Generationengerechtigkeit aufweisen. Die tatsächlichen Kosten des Atomstroms, d. h. einschliesslich die hohen Entwicklungs- und Förderkosten, sind in den aktuellen Tarifen nicht drin. Ebenfalls ungenügend eingerechnet ist der Rückbau. Es soll nicht mehr möglich sein, reinen Atomstrom zu beziehen, weil sich die Kosten des Atomstroms nicht gerecht über die Generationen verteilen lassen. Ich rede hier ausdrücklich nicht von KEV-Strom, sondern von Strom aus unseren eigenen Werken. Wir müssen jetzt gemeinschaftliche Anstrengungen starten und neue Produkte definieren. Jedes Produkt soll zu mindestens 50 Prozent erneuerbare Energien beinhalten. Der Ausstieg aus der Atomkraft bis spätestens 2034 bedingt einen kontinuierlichen Abbau von Atomstrom. Mit unserer Motion geben wir dem ewz das Instrument, mit dem die Tarife und Produkte etabliert werden können. Über die verschiedenen Stromprodukte lassen sich die Tarife sinnvoll abstufen, sodass auch preissensitive Kunden ein passendes Produkt finden werden. 2006 betrieben wir im Bereich Strom noch eine nachfrageorientierte Politik. Jetzt aber, da wir komplett umsteigen wollen, müssen wir zu einer angebotsorientierten Politik übergehen. Wir müssen steuern, welche Art von Strom die Konsumentinnen und Konsumenten beziehen können. In der Antwort des Stadtrats steht, der Absatz des Stroms aus Kernenergieanlagen, der über den Handel geht, werfe Gewinn ab und könne die erneuerbaren Stromprodukte finanzieren. Demgemäss könnten wir, falls Grosskunden abspringen, diesen Anteil Strom gewinnbringend im Grosshandel verkaufen. Das wollen wir aber natürlich nicht. Ausserdem wird es kaum zu grossen Preissteigerungen kommen, wie auch die aktuellen Tarife zeigen: Der Hochtarif von wassertop beträgt 10 Rp./kWh, derjenige von naturpower beträgt 8 Rp./kWh, und derjenige von mixpower liegt bei 7 Rp./kWh. Zum Schluss eine Prognose: Irgendwann wird der Atomstrom aufgrund von Massnahmen auf Bundesebene teurer sein als Wasser- und Solarstrom. Was passiert dann? Dürfen dann die Grossverbraucher den günstigeren Ökostrom beziehen, während die Haushalte mit dem teu-*

*rerer Atomstrom Vorliebe nehmen müssen? Nein, dies wollen wir nicht. Wir wollen von Anfang an eine solidarische Finanzierung.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** *Wir sind stolz auf die Vorreiterrolle des ewz bei der Einführung ökologischer Tarife. Damals musste so viel Strom produziert werden, wie im eigenen Versorgungsgebiet abgesetzt wurde. Die Wahlmöglichkeiten waren sehr bescheiden. Seit dem Stromversorgungsgesetz haben wir auf der einen Seite die Produktion und auf der anderen Seite den Vertrieb. Die Schnittmenge beträgt nur noch ungefähr einen Drittel des Stromabsatzes. Deshalb ist die Diskussion darüber, welcher Strom wie teuer ist, völlig irrelevant. Die Kundschaft entscheidet, woher sie den günstigsten Strom bezieht – unter Umständen aus dem benachbarten Ausland. Nur die A-Kunden (KMUs und Haushalte) sind noch verpflichtet, den Strom zu den hier beschlossenen Tarifen zu beziehen. Alle anderen Kunden können auf günstigeren Strom ausweichen. Das bedeutet: Je mehr das ewz gezwungen wird, die Tarife durch verstärkte Ökologisierung zu erhöhen, umso mehr wird der Kernenergieverbrauch zunehmen. Die Grosskunden werden nämlich abwandern von unseren verhältnismässig sehr ökologischen Tarifen, um bei der Axpo reine Kernenergie einzukaufen. Der Vorschlag, diesen Strom auf dem Markt zu verkaufen und Gewinn zu machen, ist zynisch. Erwähnen möchte ich noch, dass die Stromkundinnen und -kunden in der Stadt Zürich die Ökologisierung zweimal bezahlen, nämlich einmal mit dem KEV-Strom und einmal mit dem Ökostrom. Die einzigen, die von dieser Motion überhaupt betroffen sind, sind die Haushalte und die KMUs. Am Ende bleiben wir auf unserem vorbildlichen Ökostrom sitzen, weil der Markt offen ist. Die Motion führt nicht in eine erspriessliche Zukunft.*

Weitere Wortmeldungen:

**Martin Bürlimann (SVP):** *Das entscheidende Merkmal eines Markenprodukts ist, dass es immer genau gleich ist. Nun soll den Kunden stetig ein wenig mehr von der guten Energie untergejubelt werden, bei gleichzeitiger Zurückdrängung der bösen Energie. Dieses Vorhaben zeugt von falschen Vorstellungen vom Verkauf. Die Kundschaft lässt sich nicht übertölpeln, indem die Zusammensetzung eines Produkts verändert wird. Die Kunden würden automatisch zu einem günstigeren Produkt wechseln, was die Motionäre aber ja gerade nicht wollen. Die SVP empfiehlt ein Nein zu dieser Motion.*

**Roger Liebi (SVP):** *Für die städtischen Sozialdemokraten hört die Welt offenbar an den Gemeindegrenzen auf. Die Vorstellung, mit dem ewz die Grosskunden umerziehen und die Welt verbessern zu können, ist absurd. Mit ihrem Vorhaben treffen sie ihre eigene Klientel, nämlich die kleinen Leute, die sich nicht wehren können. Mit einer solch radikalen Strategie wird das ewz sozusagen abgeschafft. Einen konstruktiveren Weg über Postulate könnte ich noch eher nachvollziehen.*

3 / 3

**Joachim Hagger (FDP):** *Wir brauchen auch in Zukunft ein überlebensfähiges ewz. Und das ewz soll nicht zu einem Nischenplayer verkommen. Wir können die Kundschaft, die Atomstrom beziehen möchte, nicht einfach an die Konkurrenz verweisen. Die Motion würde dem ewz den Boden unter den Füßen wegziehen. Die FDP kann dies nicht unterstützen.*

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** *Ein nachhaltiger Atomausstieg braucht Zeit und lässt sich nicht mit einer Hauruckübung, wie sie hier versucht wird, erreichen. Die Massnahme der Motion trifft die Falschen, und wir bezweifeln sehr, ob dadurch wirklich weniger Strom verbraucht würde. Die EVP befürwortet die Energiesuffizienzdiskussion. Wir sind uns aber bewusst, dass Strom und Energie zu Wohlstand und zur Erleichterung des Alltags geführt haben. Diesen Zustand wollen wir erhalten. Der Zeitfaktor ist nicht unwesentlich. Die Motion schießt am Ziel vorbei. Die heute schon teuren Mieten würden durch enorm hohe Nebenkosten noch viel teurer werden. Neben dem Gewerbe müssten auch viele Familien aus der Stadt wegziehen. Die Motion ist deshalb abzulehnen.*

**Bernhard Piller (Grüne):** *Die 2006 eingeführten Tarifmodelle waren unbestritten mutig, sinnvoll, richtig und gut. Dadurch konnte der Zubau für erneuerbare Energien direkt gefördert werden. Die differenzierten Stromprodukte konnten gut an die Leute gebracht werden. Der Wechsel von einer nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Politik ist zentral. Das alte Tarifmodell ist nicht genügend für die Zukunft gerüstet. Wenn in fünf bis acht Jahren alle sensibilisierten Kundinnen und Kunden Ökostrom beziehen, und dieser Zuwachs stagniert, wird sekundär auch der Zubau von erneuerbaren Produktionskapazitäten ins Stocken kommen. Deshalb brauchen wir eine umgekehrte Modellstruktur, in der ein klarer Zubaupfad definiert ist. Das Zieldatum bleibt gleich: 2034.*

**Dr. Davy Graf (SP):** *Mit dieser Motion soll das ewz gestärkt werden. Wir glauben, dass die Strategie nachhaltig ist. Das ewz wird in ein paar Jahren gut positioniert sein, indem es bereits jetzt aktiv die erneuerbaren Energien ausbaut und sich auf einen sukzessiven Rückzug aus der Kernenergie und aus anderen konventionellen Energien vorbereitet. Wir wollen keineswegs die Welt verändern. Als Stadt können wir aber durchaus einen Dominoeffekt auslösen.*

Die Dringliche Motion wird mit 71 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat